

# SEBASTIAN BREHM

## Für Nürnberg in Berlin



**Liebe Bürgerinnen,  
liebe Bürger!**

Es scheint sich etwas zu bewegen beim Thema Migration. Das wird auch Zeit. Und die Zeit drängt nicht erst jetzt. Schon Ende vergangenen Jahres warnten die Kommunen vor Überlastung. Sie wiederholten diese Warnung verbunden mit einem dringenden Hilferuf bei einer Konferenz der CDU/CSU-Fraktion im Frühjahr. Seither verging fast kein Tag, in dem nicht auf die wachsenden Probleme hingewiesen wurde. Doch die Bundesregierung stellte sich taub.

Erst zwei Ampel-Wahlniederlagen und einen schweren Unfall mit sieben toten Migranten später kommt die Einsicht. Ganz plötzlich sind nun auch Grenzkontrollen zur Verhinderung von illegalen Einreisen aus Polen, Tschechien und der Schweiz möglich. Fraglich bleibt, ob der Personaleinsatz hoch genug sein wird.

Bundeskanzler Olaf Scholz tat mit der Einladung an unseren Fraktionschef Friedrich Merz und die Ministerpräsidenten Boris Rein und Stephan Weil einen Schritt nach vorn. Aber Lösungen sind weiter nicht in Sicht. Vom vielfach beschworenen neuen Deutschland-Tempo ist Scholz beim Thema Migration also immer noch weit entfernt.

Er will erst wieder im November reden. Das ist Bummelzug statt ICE. Der Jahrestag der ersten Warnungen ist dann nicht mehr weit. CDU und CSU haben einen klaren Plan, die Ampelkoalition ganz offenbar weiterhin nicht. Die Union wartet nicht, sie handelt. Wir halten das Thema auf der Tagesordnung. Dazu mehr in diesem Newsletter.

Angesichts des Hamas-Terrors gegen Israel reiste der Bundeskanzler in dieser Woche nach Tel Aviv. Das war gut so. Ob er etwas erreicht hat, lässt sich schwer abschätzen. Hamas hat bei dem brutalen Überfall auf Israel am 7. Oktober auch 199 Menschen entführt, darunter acht Deutsche. Ihr Schicksal ist unklar. Weder Scholz noch Außenministerin Annalena Baerbock konnten nach ihren Nahost-Reisen etwas über das Schicksal der Entführten sagen. Die Familien bleiben in schrecklicher Ungewissheit und Sorge.

Und auch diese Themen brachten CDU und CSU auf die Tagesordnung: die gewerbliche Förderung von batterieelektrischen Fahrzeugen und Wasserstoff als Schlüssel für eine starke und klimafreundliche Volkswirtschaft.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Woche und viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr Sebastian Brehm

## Mehr Geld für sportliche Inklusion



Die „Special Olympic World Games“ der Menschen mit Beeinträchtigungen im Sommer in Berlin waren ein großer Erfolg. CDU und CSU halten es für wichtig, diesen Schwung und die öffentliche Aufmerksamkeit aufzunehmen und das staatliche Engagement für die Sportler zu verstärken. Ein wichtiger Grund: Viele Vereine machen Menschen mit Beeinträchtigungen zwar sportliche Angebote, aber es sind noch zu wenig. Das Thema wird jetzt im [Bundestag](#) diskutiert.

Mit Werbung und mehr Engagement allein ist es nicht getan. Denn es liegt nicht an einer fehlenden Bereitschaft der Vereine, sondern oft an unzureichenden Rahmenbedingungen. Vor allem fehlt eine ausreichend große Zahl von barrierefreien, für Menschen mit körperlichen, sinnes- und geistigen Beeinträchtigungen nutzbaren Sportstätten.



**Sebastian Brehm:** „Der Sport kann eine Menge leisten, um unterschiedlichste Menschen zusammenzubringen. Der Staat darf die Vereine mit dieser Aufgabe nicht allein lassen. Denn Inklusion

ist kein Selbstläufer. Es müssen beispielsweise der Umbau von Sportstätten finanziell unterstützt werden. Hier wird bisher nicht genug getan.“

## Wachstumschancengesetz: Fragen unerwünscht

Der Titel des Gesetzes klingt vielversprechend. Entsprechend heftig hat Bundesfinanzminister Christian Lindner seinen Gesetzentwurf beworben. Erstmals stand jetzt das Wachstumschancengesetz in dieser Woche im Bundestagsfinanzausschuss zur Diskussion.

Doch zu einer echt Diskussion kam es gar nicht. Als die Union im Finanzausschuss eine zweite Fragerunde fordert, grätscht die Ampel dazwischen und macht den Antrag mit ihrer Mehrheit platt. Zu viele Fragen sind unerwünscht. Ein Eklat mit Ansage: Schon im Vorfeld hatte die Ampel die sonst üblichen Berichterstattergespräche zur Vorbereitung der Ausschussberatung verweigert.

Allein 27 Fragen von CDU und CSU zum Gesetzentwurf durften am Ende nicht gestellt werden. So blieb ungeklärt, warum das Urteil zur Beseitigung der Renten-Doppelbesteuerung nicht vorkommt. Unsinnig auch der doppelte Bürokratieaufwand bei der Investitionsprämie für Klimaschutzmaßnahmen. Erst wird gezahlt und danach muss das Gezahlte wieder versteuert werden. Ebenso unbeantwortet, warum unbedingt eine neues Bürokratiemonster namens nationale Meldepflicht für Steuergestaltungen geschaffen werden muss, war doch schon die grenzüberschreitende Meldepflicht ein Rohrkrepiere. Die Trefferquote liegt bei unter ein Promille.

Doch die Sache hat ein Nachspiel: Bundestagspräsidentin Bärbel Blas bekommt Post. Die schriftlichen Forderungen: Aufhebung und ordnungsgemäße Wiederholung der ersten Beratungsrunde des Wachstumschancengesetzes im Finanzausschuss, vorläufiger Stopp des Gesetzgebungsverfahrens und Sicherstellung einer ausführlichen Ausschussberatung, in der alle Fragen gestellt werden können.



**Sebastian Brehm:** „Der Vorfall macht deutlich: Der Ampel fehlt jeder Respekt vor den Oppositionsrechten. Sie beschneidet willkürlich die demokratischen Rechte von Abgeordneten. Das war nicht das erste Mal. So ist eine ordentliche Parlamentsarbeit nicht möglich. Diese Arroganz der Macht muss gestoppt werden.“

## Reformplan für Ausbildung von Physiotherapeuten



Nicht nur in den Pflegeberufen herrscht Fachkräftemangel. In der Öffentlichkeit bislang nur wenig wahrgenommen, tut sich auch ein massiver Fachkräftemangel in der Physiotherapie auf. Mehr als 12.000 Stellen können nach

aktuellen Schätzungen nicht besetzt werden. Und das in einer Zeit, in der die Bedeutung der Physiotherapie wegen der demographischen Entwicklung weiter wächst. Es ist aber nicht einfach mit mehr Personal getan. Die Physiotherapie-Ausbildung muss reformiert werden. Auch die Bundesregierung hat das nach eigenem Bekunden inzwischen eingesehen – tut aber nichts. CDU und CSU im Bundestag sind deshalb jetzt mit einer eigenen [Reforminitiative](#) aktiv geworden.

Der Reformplan sieht zwei Säulen der Ausbildung vor. Eine bundeseinheitliche Ausbildung an Berufsfachschulen soll weiter mindestens die Tätigkeiten abdecken, die aktuell Masseur und medizinische Bademeister erbringen. Der Zugang zur Ausbildung soll damit auch künftig mit einem Haupt- oder Mittelschulabschluss möglich sein. Mit einem erfolgreichen Berufsfachschulabschluss können sich die Absolventen auch zum Physiotherapeuten weiterqualifizieren lassen.

Die aktuellen Modellstudiengänge zur unmittelbaren Qualifikation zum Physiotherapeuten sollen in Regelstudiengänge überführt werden. Eine vollständige Akademisierung der Ausbildung wird aber aus zwei Gründen abgelehnt. Sie würde erstens den Fachkräftemangel deutlich verschärfen, weil nur noch Abiturienten Zugang zur Ausbildung hätten. Zweitens würden die Berufsaussichten für Haupt- und Mittelschüler grundlos eingengt.



**Sebastian Brehm:** „Wir werden den Physiotherapeutenmangel nur beheben, wenn wir die derzeitige Ausbildung gezielt weiterentwickeln. Wir müssen bewährte Strukturen und Inhalte in die Reform einbeziehen

und dabei nach dem Prinzip 'Kein Abschluss ohne Anschluss' auch Karrierechancen eröffnen. Der Ausbildungszugang für Haupt- und Mittelabsolventen muss erhalten bleiben.“

## CDU und CSU fordern Agenda für Bürokratieabbau



Überbordende Bürokratie wird immer mehr zur Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Auch Bürgerinnen und Bürger leiden darunter. CDU und CSU haben jetzt eine Initiative „[Agenda Bürokratieabbau](#)“ in den Bundestag eingebracht. Eine der neuen Grundregeln: One in, two out. Soll heißen: Für eine neue Vorschrift müssen zwei alte Regulierungen weichen. Der alte Grundsatz one in, one out wird so drastisch verschärft, um den Bürokratiedschungel nachhaltig zu lichten. Verbindliche Anfangs- und Endtermine sollen Verwaltungsverfahren berechenbarer machen.

Auf EU-Ebene soll auf neue bürokratische Regelungen verzichtet werden, bis die EU in Sachen Wettbewerbsfähigkeit ihren Rückstand auf ihre Hauptkonkurrenten im globalen Wettbewerb aufgeholt hat. EU-Vorhaben sollen in Deutschland auch nur noch 1:1 in nationales Recht umgesetzt werden. Das verhindert eine nationale Überregulierung.

**Sebastian Brehm:** „Ein Durchbruch für einen echten Bürokratieabbau ist dringend nötig, wenn

unser Land in die Erfolgsspur zurückfinden soll. Deutschland hat unter der unionsgeführten Bundesregierung deutliche Fortschritte beim Bürokratieabbau erreicht. 2021 lag der Bürokratiekostenaufwand für Bürger, Unternehmen und Kommunen auf einem historisch niedrigen Stand. Seither aber ist er als Folge der rot-grünen-gelben Politik wieder massiv angestiegen. Das muss ein Ende haben.“

## Gemeinnützige Arbeit soll bei Integration helfen

Unabhängig vom Auftakt der Gespräche mit der Ampel über Migration haben CDU und CSU in dieser Woche einen [Plan zur besseren Integration anerkannter Asylbewerber](#) vorgestellt. Gemeinnützige Tätigkeiten wie Pflege- und Gartenarbeiten in öffentlichen Grünanlagen, Reinigungs- und Instandhaltungsarbeiten in Gemeinden oder unterstützende Tätigkeiten in der Jugend-, Kranken-, und Altenhilfe sollen fester Bestandteil des Integrationskonzeptes werden. Bestehende Kenntnisse und Interessen der Flüchtlinge sollen nach Möglichkeit berücksichtigt werden, um den Erfolg der Integration zu erhöhen.



**Sebastian Brehm:** „Eine geregelte Arbeit leistet einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Integration in die Gesellschaft. Allein schon die Sprache lernt sich leichter, wenn man jeden Tag mit Einheimischen zusammenarbeitet. Und wir können anerkannten Flüchtlingen den Sprung in den regulären Arbeitsmarkt erleichtern.“

## Heimaterde aus Nürnberg für Berlin



Ein besonderes Mitbringsel hatte in dieser Woche die Besuchergruppe aus meinem Wahlkreis im Gepäck: ein Säckchen Heimaterde. Es fand gleich am ersten Tag des Besuchs seinen Platz im Kunstwerk im Innenhof des Reichstagsgebäude. „Der Bevölkerung“ steht auf dem großen rechteckigen Feld. Dass es wild bewachsen ist, ist Absicht. Es soll ein Symbol für Vielfalt und Entfaltungsfreiheit sein.

Die Erde, auf der dort alles wächst, kommt aus den unterschiedlichsten Regionen unseres Landes. So wie auch unsere Demokratie nur auf den Gedanken, Ideen und dem Engagement aller Menschen im Land gedeihen kann. Jetzt ist auch mein Wahlkreis Nürnberg-Nord. vertreten.

Vielen Dank für den Besuch und die guten Gespräche während unserer Begegnungen. Es ist mir ein besonderes Anliegen, den Bürgerinnen und Bürgern aus meinem Wahlkreis auch in der



deutschen Hauptstadt einen Einblick in meine Parlamentsarbeit zu geben.

## Neue Nummer für Nürnberg-Nord

Der Wahlkreis Nürnberg-Nord soll zur nächsten Bundestagswahl eine neue Nummer erhalten. Aus dem jetzigen Wahlkreis 244 wird dabei neu der Wahlkreis 243. Das geht aus dem Gesetzentwurf zur Neueinteilung der Wahlkreise hervor, der in im November erstmals im Bundestag beraten werden soll. Grund für die Änderung der Wahlkreisnummer ist die bundesweite Entwicklung der Wahlbevölkerung. Die Wahlkreise sollen eine in etwa gleiche Zahl von Wählern haben. Dafür müssen im Einzelfall die Wahlkreiszuschnitte geändert werden.

Bei Nürnberg-Nord ändern sich zwar die Grenzen nicht. Da Bayern im Raum Augsburg einen zusätzlichen Wahlkreis erhält, verschiebt sich aber das Nummergefüge.

**Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater**

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

030-227-74074 • Fax 030-227-70072

[sebastian.brehm@bundestag.de](mailto:sebastian.brehm@bundestag.de)

[www.sebastianbrehm.de](http://www.sebastianbrehm.de)



**Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.**